

Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien

Ausgangslage

Zeitungen, private Radio- und Fernsehstationen und Online-Medien versorgen die Bevölkerung täglich mit Informationen und tragen zur politischen Meinungsbildung und zum gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Trotz ihrer Bedeutung geraten die lokalen und regionalen Medien aber zunehmend finanziell unter Druck. Bundesrat und Parlament möchten deshalb die privaten Medien in der Schweiz mit zusätzlichen Massnahmen fördern.

Um was geht es konkret?

Der Bund vergünstigt seit langem die Zustellung von abonnierten Zeitungen. Diese Vergünstigung soll auf Zeitungen mit grösserer Auflage und auf die Zustellung früh am Morgen ausgedehnt werden. Zudem sollen Online-Medien gefördert werden. Lokalradios und das Regionalfernsehen könnten finanziell stärker unterstützt werden. Bedingung ist, dass sich die Medien vorwiegend an ein schweizerisches Publikum richten und Themen aus verschiedenen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft behandeln.

Welche Änderungen und Massnahmen sind im Detail vorgesehen?

- Zustellvergünstigung: Der Bund vergünstigt schon heute die Zustellung von abonnierten Zeitungen, indem er einen Teil der Transportkosten übernimmt. Neu sollen 50 Millionen statt 30 Millionen Franken jährlich dafür eingesetzt werden. Aus den zusätzlichen Mitteln sollen neu auch auflagenstärkere Zeitungen unterstützt werden.
- Früh- und Sonntagszustellung: Neu soll auch die Frühzustellung von abonnierten Zeitungen verbilligt werden. Davon können Zeitungen unter der Woche und am Sonntag profitieren. Insgesamt sind für diesen Zweck jährlich 40 Millionen Franken vorgesehen.
- Vereins- und Verbandszeitschriften: Viele Vereine, Verbände und Parteien informieren ihre Mitglieder, Gönnerinnen und Spender mit eigenen Publikationen. Die Zustellung von rund 950 solcher Publikationen wird bereits heute verbilligt. Neu soll diese Vergünstigung von 20 Millionen auf 30 Millionen Franken jährlich erhöht werden.
- Online-Medien: Mit einer Summe von 30 Millionen Franken pro Jahr will das Parlament sicherstellen, dass die Bevölkerung sich im Internet in allen Landesteilen und in allen Landessprachen über die hiesigen politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Themen informieren kann. Gefördert werden keine Gratisangebote, sondern nur Medien, die von ihrer Leserschaft mitfinanziert werden. In Basel wären dies also z.B. Bajour oder Prime News, nicht aber Online Reports.
- Lokalradios und Regionalfernsehen: Private Lokalradios und das Regionalfernsehen werden seit Mitte der 90er-Jahre für ihre tägliche Berichterstattung über Politik, Wirtschaft, Kultur, Gesellschaft und Sport vor Ort entschädigt. Mit dem Massnahmenpaket soll diese Unterstützung um maximal 28 Millionen Franken jährlich erhöht werden können
- Massnahmen für alle Medien: Die Vorlage enthält verschiedene Massnahmen, von denen allgemein die Medien profitieren. Dazu zählt insbesondere die

Unterstützung von Nachrichtenagenturen. Diese stellen für die anderen Medien Informationen aus der ganzen Schweiz zusammen. Mit der Vorlage wird zudem die Aus- und Weiterbildung von Journalistinnen und Journalisten gestärkt. Insgesamt sind zusätzlich maximal 23 Millionen Franken vorgesehen.

Finanzierung

Das Massnahmenpaket wird aus den Einnahmen der bestehenden Radio- und Fernsehgebühren und über den Bundeshaushalt finanziert. Es sind keine neuen Abgaben vorgesehen. Die Vergünstigungen bei der Zeitungszustellung und die Mittel für die Online-Medien sind befristet und fallen nach sieben Jahren weg.

Wer ist dafür, wer dagegen?

Bundesrat und Parlament empfehlen eine Annahme. Das Referendum wurde vom Verein «NEIN zu staatlich finanzierten Medien» ergriffen; das Referendumskomitee besteht aus bürgerlichen Verlegern, Unternehmern und Politikern.

Das sagen die Befürworter

Viele Medien seien finanziell in einer schwierigen Situation. Ohne Unterstützung würden weitere kleine Zeitungen verschwinden; Lokalradios und Regionalfernsehen sowie Schweizer Online-Medien kämen immer stärker unter Druck. Die direkte Demokratie werde durch die Vorlage geschützt, da die Massnahmen das Verschwinden von Lokalmedien verhindere. Gleichzeitig bleibe die Unabhängigkeit der Medien gewahrt und von der Bundesverfassung geschützt.

Das sagen die Gegner

Die Staatsfinanzierung privater Medien sei unnötig und schädlich. Sie verschleudere Steuergeld, gefährde die Demokratie und verzerre den Markt. Profiteure seien primär gut situierte Verlage und grosse Konzerne. Ihr Griff ins Portemonnaie der Steuerzahler müsse verhindert werden. Die Milliardensubventionen würden die Medien von der Politik abhängig machen, weshalb sie ihre Glaubwürdigkeit und Funktion als vierte Macht im Staat verlieren würden.

Standpunkt und Antrag des Vorstands der LDP

Die Massnahmen zur Medienförderung sind teuer und erfolgen mit der Giesskanne. Auch Medienunternehmen, die nicht unbedingt förderungsbedürftig sind, sollen unterstützt werden. Gleichzeitig werden (Online-)Medien, die gratis zugänglich sind, keine Unterstützung erhalten – unabhängig von ihrer Reichweite. Die langfristige Wirksamkeit der Massnahmen ist sehr fraglich. Obwohl die Unabhängigkeit der Medien als solche nicht in Gefahr ist, stellt sich zudem die Frage, ob eine erhöhte Finanzierung durch den Staat nicht auch zu einer Beisshemmung auf Seite der Medien führt.

Deshalb beantragt der Parteivorstand der Parteiversammlung **einstimmig die Ablehnung** des Bundesgesetzes.

Für den Vorstand: Thierry Burckhardt

Weiterführende Links:

Informationen des Bundesrats: <https://www.admin.ch/medien-massnahmen>

Nein-Komitee: <https://medien-massnahmenpaket-nein.ch/>

Ja-Komitee: <https://die-meinungsfreiheit.ch/>